


# Mitten in Hamburg - Das Stadthaus



Zentrale des Nazi-Terrors für Hamburg  
und Norddeutschland

Ort des politischen Widerstandes  
für Menschenwürde und Solidarität

Ort des Ringens um einen Erinnerungs-,  
Lern- und Gedenkort im Stadtzentrum:  
Halbherzige Routine oder umfassende  
Erinnerung an NS-Terror und Widerstand?

# MITTEN IN HAMBURGS INNENSTADT

befand sich von 1933 bis 1943 der Sitz des Gestapo-Hauptquartiers, der Ordnungspolizei, der Kriminal- und Sicherheitspolizei und weiterer Polizeidienststellen des „Dritten Reiches“. Das Stadthaus war Zentrum des Nazi-Terrors in Hamburg sowie weiten Teilen Norddeutschlands:

**Im Stadthaus** wurden die Deportationen der Hamburger Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma geplant und vorbereitet.

**Im Stadthaus** wurden die Polizeibataillone aus Hamburg, Bremen und Lübeck für den Einsatz im Vernichtungskrieg organisiert und eingesetzt.

**Im Stadthaus** saß die Abteilung der Gestapo, die für die Überwachung von hunderttausenden Zwangsarbeiter\_innen zuständig war und sie bei kleinsten angeblichen Vergehen bestrafen und ins KZ bringen ließ. Die Abteilung war auch direkt an Hinrichtungen beteiligt.

**Im Stadthaus** wurden viele mutige Menschen aus dem politisch begründeten Widerstand, insbesondere auch aus der KPD und der SPD, verhört, gefoltert und ermordet.

**Im Stadthaus** begann der Leidensweg Tausender, die als Zeugen Jehovas, Homosexuelle, Swing-Jugendliche, Oppositionelle, Berufsverbrecher oder Asoziale stigmatisiert, verfolgt, verhaftet und in die Zuchthäuser und Konzentrationslager deportiert und in zahlreichen Fällen dort ermordet wurden.

## DIE TÄTER

kamen nicht als anonyme Nazis von einem anderen Planeten in die Stadt. Hunderte von Angestellten und Beamten waren im Stadthaus an der Organisation und Ausführung der Nazi-Gewalt beteiligt. Sie wussten, was sie taten.

Bis auf wenige, teilweise nur vorübergehende Berufsverbote wurde keiner dieser Täter nach 1945 jemals zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil konnten sie weiterhin Karriere machen und ihre Renten und Pensionen genießen. Ihre Opfer mussten jahrzehntelang um Entschädigungen kämpfen, oft vergeblich.

## DIE MEISTEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER

akzeptierten schweigend oder sogar zustimmend den NS-Terror, der im Stadthaus ausgeübt wurde. Ein tiefverwurzelter Antisemitismus und Antiziganismus ebenso wie antikommunistische Einstellungen sicherten der NS-Herrschaft eine breite und verlässliche Gefolgschaft.

## DAS STADTHAUS: ORT DES WIDERSTANDES

Auch in Hamburg gab es Widerstandsgruppen vor allem aus den beiden verbotenen Parteien KPD und SPD und anderen antifaschistischen Zusammenhängen, wie zum Beispiel die Buchhandlung am Jungfernstieg Tuchel. Ihr gemeinsames Ziel war vor allem die Aufklärung über den Terror der faschistischen NSDAP und die Warnung vor einem von den Nazis angestrebten Krieg. Oft unterstützten sie auch jüdische Menschen, denen Terror und Deportation drohten.

Den Mitgliedern und Unterstützerinnen und Unterstützern dieser Gruppen war immer bewusst, dass sie im Falle ihrer Verhaftung zu Verhören und Folter ins Stadthaus eingeliefert würden. Sie bereiteten sich darauf vor und riskierten ihr eigenes Leben, um keine Mitkämpferinnen zu verraten. Dadurch wurde die Zentrale des Nazi-Terrors auch ein zentraler Ort des Widerstandes.



**CARL BURMESTER**, verhaftet im Sommer 1934, am 17. September im Stadthaus die Treppe hinunter zu Tode gestürzt. Seine Kinder Greta und Jens-Peter berichten: „er muss in dieser Zeit viel durchgemacht haben.“ Ein Freund erzählte, er habe „illegale Arbeit in der Heide mit meinem Vater gemacht und ihn sehr bewundert, wie er trotz schrecklicher Schläge weiter arbeitete.“

**ADOLPF KUMMERNUSS**, verhaftet im Juni 1935, überlebte und wurde 1949 ÖTV-Vorsitzender. Er berichtet: „Nach ergebnislosem Verhör ging es dann zum Stadthaus, zur Zentrale der Gestapo. Jetzt wurde mehr geschlagen als verhört. ... Da ich seit Stunden das Sprechen überhaupt aufgegeben hatte, kam ich dann ins „Kolafu“. Statt zu essen gab es weitere Prügel: die nächsten vier Tage immer dasselbe. Morgens ins Stadthaus, abends nach Fuhlsbüttel.“



**KATHARINA CORLEIS**, verhaftet am 19. Juni 1935, sieben Tage später ermordet. Ihr Ehemann Friedrich Corleis berichtet: „Am 27. Juni wurde ich zum Stadthaus bestellt. ... Dort wurde mir unter anderem mitgeteilt, dass meine Frau in einer größeren verbotenen SPD-Organisation verwickelt war. ...

Sie hätte also bestimmt ein schlechtes Gewissen gehabt und sich deshalb erhängt.“



**HEINRICH BRAUNE**, verschiedene Male seit dem Sommer 1933 verhaftet und im Stadthaus verhört. Beteiligt an der Ausschleusung von Flüchtlingen nach Dänemark, sei 1945 Herausgeber der Hamburger Morgenpost.  
„Nach den Verhören im Stadthaus haben Sie mich zunächst also nach Fuhlsbüttel gebracht. Dort haben Sie mir die Zähne ausgeschlagen. ... Aber das berühmte ‚Loch nach Dänemark‘ haben sie trotz allem nicht rausgekriegt“.

**RALPH GIORDANO**, schreibt über das Stadthaus in seinem autobiografischen Roman „Die Bertinis“: „Roman erwachte auf dem Stuhl vor den grellen Scheinwerfern, mitten hinein in das gellende, schrille, hinausgestoßene: »Die staatsfeindlichen Ideen hat dir das Hurenstück von einer jiddischen Mamme eingegeben – unterschreib das!« Und sie fanden immer neue Variationen, Lea vor ihm zu erniedrigen. Am zweiten Tag vermochte Roman Bertini etwa sechs Stunden artikuliert zu widerstehen.“



**Mehr als 40 Töchter, Söhne und Enkel von im Stadthaus verhört und gefolterten Widerstandskämpferinnen** hatten im Januar 2018 in einem offenen Brief die „Einrichtung einer würdigen Dokumentations- und Erinnerungsstätte an den antifaschistischen Widerstand in Hamburg“ gefordert. Denn „in allen Erinnerungsberichten unsere Eltern und Großeltern und ihre Freunde spielte das Stadthaus – ebenso wie das Kolafu – eine ganz besondere Rolle als Ort des Schreckens.“ Und: „Es ist so oft die Rede davon, dass unsere Jugend Vorbilder brauche. Richtig! Die politischen Häftlinge, ebenso wie aufrechte Christen und andere Gegner des Regimes haben sich für ein demokratisches Deutschland geopfert. ... **Ihre Namen, Bilder und Lebensgeschichte gehören an diesen Ort.**“

Das aber will der rot-grüne Senat nicht unterstützen. Stattdessen soll es nach seinem Willen erst in einigen Jahren nur noch einen kleinen Gedenkort an den Widerstand im Kolafu, dem damaligen Konzentrationslager in der Justizvollzugsanstalt in Fuhlsbüttel, also weit entfernt vom Stadtzentrum und eingezwängt in eine neue Wohnanlage, geben.



**Wir protestieren gegen diese Verdrängung des antifaschistischen Widerstandes und gegen die Ignoranz für die Angehörigen der Widerstandskämpferinnen.**

# DAS STADTHAUS: ERINNERUNG NICHT KLEIN MACHEN UND VERDRÄNGEN

Nach 1945 waren Hamburgs Stadtregierungen und die Eigentümer des Stadthauses lange bemüht, die Erinnerung an die NS-Verbrechen auszulöschen oder möglichst marginal und unsichtbar zu gestalten. Bald nach Kriegsende zog die Baubehörde in den Gebäudekomplex. Ein Antrag von dort Beschäftigten, die selbst wenige Jahre zuvor in den Kellern misshandelt worden waren, wurde nach zweijähriger Prüfung durch den Senat abgelehnt. Erst mehr als 30 Jahre später durften jüngere KollegInnen eine Bronzetafel an einem der Eingänge anbringen, auf überwiegend eigene Kosten.

Als das Stadthaus dann 2009 verkauft und privatisiert wurde, hielt der Senat fest, welche Bedeutung das Stadthaus für die Gedenkstättenopografie der Stadt hat, und formulierte die Notwendigkeit, hier „ein würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Hamburg“ zu etablieren. Der Immobilieninvestor Quantum musste sich im Kaufvertrag verpflichten, einen „Lernort mit unterschiedlichen Inhalten (Ausstellung, Seminare, Veranstaltungen, Inszenierungen, Dokumentationen)“ zu realisieren. Hierfür war im Kaufvertrag eine Ausstellungsfläche von ca. 750 Quadratmeter, was einem Anteil von 0,75 Prozent an der Gesamtfläche der Luxusimmobilie Stadthöfe entspricht, vereinbart worden, außerdem die Einrichtung und die Verantwortung für die Betreuung dieses Lernortes.

Doch selbst davon blieb nicht mehr viel übrig: Im Januar 2018 informierten Kultursenator Brosda und der Eigentümer Quantum über das Konzept für diese Fläche. Circa die Hälfte war vorgesehen für Flächen im Keller (Toiletten etc.) und von den verbleibenden 350 Quadratmeter wurden einer Buchhändlerin für ihr Geschäft und ein angeschlossenes Café knapp 300 Quadratmeter überlassen. Für den

„Geschichtsort“ blieben dann noch eine Info-Ecke von ca. 50 Quadratmetern. Zur Rechtfertigung dieses makabren „Dreiklangs“ erklärte der Kultursenator, dass auch eine Buchhandlung und ein Café als Ort des Gedenkens verstanden werden können. Doch es zeigte sich bald, dass die Buchhändlerin mit der vereinbarten Betreuung des Geschichtsortes überfordert war. Hinzu kam, dass die von ihr und einigen Medien verbreitete Behauptung, auch ihre eigene Großmutter sei im Stadthaus vorgeladen worden, nicht der Wahrheit entsprach. Diese war vielmehr schon frühzeitig der NSDAP beigetreten. Vor allem die Angehörigen der im Stadthaus Gefolterten sahen sich durch diese Täter-Opfer-Umkehr verhöhnt.

## PROTESTE

Gegen diesen erinnerungspolitischen Skandal gab es umgehend zahlreiche Proteste, die von fast allen in diesem Bereich engagierten Initiativen, Organisationen und Wissenschaftlerinnen unterstützt wurden. Sie kritisierten die Privatisierung des Gedenkens und forderten die Nutzung einer der noch freien großen Flächen in den Stadthöfen, zum Beispiel in der früheren Wagenhalle oder im Görtz'schen Palais für den Dokumentationsort. Doch der rot-grüne Senat und die Eigentümer waren nicht bereit, die im ursprünglichen Vertrag festgelegten 750 Quadratmeter für den Dokumentationsort auch zu realisieren.

Es war auch keine politische Einsicht, sondern einfach die Konsequenz der Privatisierung des Gedenkens, dass mit der Insolvenz der Buchhändlerin am 1. März 2022 auch das Konzept des „Dreiklangs“

nach knapp vier Jahren endgültig scheiterte. In dieser von ihm mitzuverantwortenden Situation blieb dem Kultursenator nichts anderes übrig, als die 300 Quadratmeter des Geschichtsortes in die öffentliche Verantwortung und Trägerschaft der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte (SHGL) zu übernehmen. Das war auch ein Zugeständnis an die anhaltenden Proteste und gleichzeitig der Versuch, die Auseinandersetzung um das Stadthaus zu beenden und wieder einen störungsfreien Betrieb der Konsum-Meilen in und um die Stadthöfe zu ermöglichen.

Doch dazu gibt es keinen Grund. Der im September 2022 veröffentlichte Vertrag zwischen Stadt und Eigentümern offenbarte einen neuen Skandal. So richtig es ist, dass der Geschichtsort jetzt nicht mehr von den Eigentümern, also privat betrieben wird, so verantwortungslos und rechtlich fragwürdig ist die Missachtung des Kaufvertrages, nach dem der Eigentümer für den dauerhaften Betrieb und die Betreuung und Zugänglichkeit des Geschichtsortes verantwortlich ist. Er müsste also für diese Kosten weiterhin aufkommen. Doch das Gegenteil ist der Fall: die jährlichen Unterhaltskosten vom 139.000 €, bei einer Vertragslaufzeit von 20 Jahren, werden dem Eigentümer Stadthöfe GmbH von der Stadt abgenommen. Dabei sind die Kosten für eine notwendige wissenschaftliche Begleitung des Geschichtsortes noch gar nicht mitgerechnet. Man könnte diese für Hamburg nicht untypische Liebedienerei für ein Immobilienunternehmen als Provinzposse abtun. Aber im Umgang mit der Verpflichtung, die sich aus der Gewalt-Geschichte des Stadthauses ergibt, kommt dieser Opportunismus denjenigen Kräften entgegen, die die deutsche NS-Geschichte relativieren oder aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein entfernen oder sogar an sie anknüpfen wollen.



## **WIR FORDERN**

**Die Erinnerung und Würdigung des Hamburger Widerstandes und seiner Opfer darf nicht verdrängt werden. Sie muss Raum finden im Stadthaus selbst.**

**Der Geschichtsort im Stadthaus muss auf die ursprünglich vereinbarten 750 Quadratmeter erweitert werden.**

**Die Anpassung des öffentlichen Gedächtnisses an die Interessen von Immobilienunternehmen muss ein Ende haben.**



## **WIR BLEIBEN AKTIV MIT**

**wöchentlichen Mahnwachen jeden Freitag um 17 Uhr vor dem Stadthaus**

**Interventionen vor allem bei den politischen Entscheidungsträgern in Hamburg**

**Informationen über die Bedeutung der Stadthaus-Geschichte auch für die Gegenwart**

**unserem Protest gegen jegliche Verharmlosung und Relativierung der NS-Verbrechen hier in Hamburg**



## Mahnwachen

an jedem Freitag von **17 bis 18 Uhr** vor dem Stadthaus/Ecke Neuer Wall (Haltestelle Stadthausbrücke der S3)

## Informationen

Ausführliche Informationen zu den Themen dieses Flyers finden sich in der Broschüre „Das Stadthaus in Hamburg – Zentrum von Terror und Unterdrückung“ (110 Seiten) erhältlich gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro bei der **VVN – Bund der Antifaschisten, Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg**

Kontakt: [stadthaus-initiative@t-online.de](mailto:stadthaus-initiative@t-online.de)

Über den aktuellen Stand der Auseinandersetzungen informiert die Website [www.foerderkreis-stadthaus.de](http://www.foerderkreis-stadthaus.de)

## Spenden

können Sie für unsere Aktivitäten auf folgendes Konto:

VVN-BdA e.V. Hamburg | Hamburger Sparkasse

**IBAN DE78 2005 0550 1206 1271 83** | Stichwort: Stadthaus